



Call for Papers

Gesellschaftliche Transformation und Politische Bildung

Tagung der Nachwuchswissenschaftler:innen der GPJE am 4./5.März 2022
an der Stiftung Universität Hildesheim

Die Folgen des Klimawandels und nicht ausreichender Umweltschutz sind der Shell-Jugendstudie 2019 zufolge diejenigen politischen Themenfelder, die junge Menschen als die gesellschaftlichen Herausforderungen identifizieren, die sie bewegen, empören und besorgen (Hurrelmann et al. 2019: 15). Viele Jugendliche seien sich darüber im Klaren, bestätigen die Verfasser:innen der Sinus-Jugendstudie 2020, dass das Überleben des Planeten in Gefahr ist und eine Umwelt- und Klimakatastrophe droht (Calmbach et al. 2020: 404). Auch für andere gesellschaftliche Herausforderungen gelte:

„Die Jugendlichen betrachten die Welt und ihre Probleme ernsthaft und realistisch, sind aber gleichzeitig – anders als das überkommene Bild von jugendlichem Aufbruch und Überschwang – sehr besorgt und mitunter sogar ängstlich. Fast scheint es, als sei der Jugend der Spaß abhandengekommen“ (ebd.: 566).

Dass politische Transformationsprozesse und Krisenerscheinungen mit ihren mittel- und langfristigen Auswirkungen im Problembewusstsein Jugendlicher präsent sind (ebd.: 405), wird allerdings nicht nur in Studienergebnissen sichtbar. So nehmen auch 2021 wieder hunderttausende junge Menschen an Fridays for Future-Demonstrationen teil und gehen auf die Straße, um gegen die Ausbeutung des Planeten auf Kosten v. a. zukünftiger Generationen zu protestieren.

Die Frage eines vermeintlich *richtigen* Umgangs mit gegenwärtigen sozialen und ökologischen Krisen und der politische Diskurs um mögliche Lösungsperspektiven beschäftigt derzeit weite Teile der Zivilgesellschaft, polarisiert Interessengruppen und bedroht partiell den Zusammenhalt demokratischer Gesellschaften. Andererseits strukturieren die Debatten das Verhältnis von Teilen der Bevölkerung zum Politischen neu, schaffen Zugänge zum politischen Feld und können als Einstieg in politisches Engagement verstanden werden.

Mehrheitlich scheint man sich darüber einig, dass sich etwas ändern muss. Das *Wie* und *Was* einer gesellschaftlichen Transformation ist indes offen, politisch umstritten und Gegenstand gegenwärtiger Diskurse. Wenn Lobbygruppen, etablierte politische Akteure und bewegungsbezogene Organisationen ihre unterschiedlichen Vorstellungen einer notwendigen Transformation verbalisieren, ist abseits der gemeinsamen Nutzung des Vokabulars jedenfalls häufig wenig inhaltliche Übereinstimmung zu erkennen. Gleichwohl wird in den unterschiedlichen Ansätzen nicht selten der (Politischen) Bildung eine entscheidende Rolle zugewiesen. Daher müssen insbesondere die diskursiven Fremdzuschreibungen und formulierten Selbstverständnisse von Politischer Bildung (und Politikdidaktik) in diesem Prozess diskutiert und reflektiert werden.

Für die Zieldimension *Gesellschaftliche Veränderung* nimmt (Politische) Bildung seit jeher eine ambivalente Rolle ein: Unter den Begrifflichkeiten „affirmative“ vs. „kritische“ Politische Bildung“ wird spätestens seit den 1970er Jahren im Kontext der damaligen Transformationsprozesse der o. g. Dualismus formuliert und die Funktion Politischer Bildung diskutiert. Einerseits kann Politische Bildung Möglichkeitsräume schaffen, in denen durch Analyse, Reflexion und Kritik eigene Denk- und Verhaltensweisen hinterfragt und Perspektiven für eine solidarische und klimagerechte Zukunft diskutiert werden. Bildung kann Wege eröffnen, gesellschaftliche Transformation individuell oder kollektiv handelnd mitzugestalten. Andererseits erscheint es naiv, Politische Bildung zum einen als Problemlöserin für gesellschaftliche Herausforderungen zu instrumentalisieren und sie zum anderen als Hoffnungsträgerin einer sozial-ökologischen, digitalen, gesellschaftlichen Transformation zu adressieren, mit der diese Welt noch zu retten sei. Denn Politische Bildung selbst ist ideologisch und in den Status quo gegenwärtiger Macht- und Herrschaftsverhältnisse



verstrickt. Mitunter trägt jedenfalls auch sie zur Stabilisierung einer imperialen Lebens- und Produktionsweise und damit zur Reproduktion bestimmter Normalitätsvorstellungen bei. Insofern kann sie nicht nur als Teil einer möglichen Lösung diskutiert, sondern muss zunächst einmal als Teil des Problems erkannt werden.

Vor diesem Hintergrund besteht die Aufgabe der Politikdidaktik wiederum darin, die eigenen normativen Grundannahmen selbstkritisch zu überprüfen, im „Modus des Unvernehmens“ (Hamburg 2020: 169) zu diskutieren und politische Dissense als konstruktive Selbstverunsicherung der eigenen Disziplin zu nutzen.

In diesem kurzen Problemaufriss werden bereits Themen und Fragestellungen angedeutet, die für das Tagungsthema relevant sind:

- Wie verhalten sich Politische Bildung und Politikdidaktik im Spannungsverhältnis einer (wissenschaftlich belegten) Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Wandels und dem Ziel, politische Diskurse und Streithandlungen grundsätzlich offenzuhalten?
- In welchen Subjektpositionen werden Lernende in Bildungskonzepten im Kontext (sozial-ökologischer) Transformation adressiert, wer schreibt diese Rollen wem mit welcher Intention und welcher Berechtigung zu?
- Muss das Image einer immer auf der richtigen Seite stehenden (kritischen) Politischen Bildung grundsätzlich zerstört werden, damit die Eingebundenheit in Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie unterschiedliche politische Hegemonieprojekte sichtbar werden?
- Politische Bildung ist nicht neutral – als gemeinsame normative Bezugspunkte werden Demokratie, Grundgesetz und Menschenrechte genannt. Ist es angesichts der globalen Klimakatastrophe nicht auch Zeit, Klimagerechtigkeit als einen Bezugspunkt zu definieren, hinter den Politische Bildung nicht mehr zurückfallen kann?
- Welche Verantwortung hat Politische Bildung in der Schule und außerschulisch, um an einer sozial-ökologischen Transformation mitzuwirken?
- Was kann Politische Bildung aus Bildungskonzepten verwandter Ansätze lernen und wie können diese Bezüge gestärkt werden?

Der wissenschaftliche Nachwuchs ist dazu aufgerufen, sich für die Durchführung eines **Workshops oder Vortrags** im Rahmen der Tagung zu bewerben. Die Workshops können sich an einem aktuellen Forschungsprojekt oder ähnlichen Arbeiten zum Tagungsthema orientieren. Weitere Fragestellungen zu eigenen Forschungsvorhaben sind selbstverständlich ebenfalls erwünscht. Die Workshops/Vorträge können in 45- oder 90-minütigen Panels durchgeführt werden, wobei in jedem Panel Zeit für eine anschließende Diskussion eingeplant werden sollte. Sowohl deutsch- als auch englischsprachige Einreichungen sind möglich.

Bitte sendet entsprechende **Abstracts** (ca. halbe Seite inkl. Titel und bis zu drei Literaturangaben, auch zum Abdruck im Tagungsprogramm) bis zum **07. Januar 2022** an felix.prehm@tu-dresden.de und oliver.emde@uni-hildesheim.de.

Wir halten euch online auf dem Laufenden (<http://www.uni-hildesheim.de/gpje-nawu2022>), sind gespannt auf eure Einreichungen und freuen uns auf eine spannende Tagung an der Stiftung Universität Hildesheim!

Euer Organisationsteam
Oliver Emde und Felix Prehm

Literaturverweise:

Calmbach, Marc/Flaig, Bodo/Edwards, James/Möller-Slawinski, Heide/Borchard, Inga/Schleer, Christoph (2020): Wie ticken Jugendliche? 2020: Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn: BpB.

Hamburg, Steffen (2020): Wie über „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ reden? In: Eicker, Jannis/Eis, Andreas/Holfelder, Anne-Katrin/Jacobs, Sebastian/Yume, Sophie/Konzeptwerk Neue Ökonomie (Hrsg.), Bildung Macht Zukunft. Lernen für die sozial-ökologische Transformation? Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag, 167–172.

Hurrelmann, Klaus/Schneekloth, Ulrich/Leven, Ingo/Utzmann, Hilde/Wolfert, Sabine (2019): Jugend 2019 - 18. Shell Jugendstudie: Eine Generation meldet sich zu Wort. Weinheim/Basel: Beltz.